

# Rieser Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsschreibere  
Tageblatt Riess  
General Nr. 22  
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riess, des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptpostamts Riess beständigerseits bestimmte Blatt.

Verlagskonto  
Dresden 1332  
Postfach  
Riess Nr. 22

Nr. 69.

Sonntag, 22. März 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustelgebühren. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Verzögerungen der Drucken und Materialpreissteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rabatt erhält, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingetragener Briefmarken oder durch Auftraggeber in bar bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Achtstündige Unterrichtszeit für Schüler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger und der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Postfach 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riess.

## Die Entscheidung der Deutschen Volkspartei.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

zu. Selten hat ein Parteitag eine solche Bedeutung gehabt wie der, den die Deutsche Volkspartei augenblicklich in Mannheim zusammentruft. Diesmal gilt nicht nur die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder den Beschlüssen, sondern alle Parteien, und besonders die Reichsparteien, die mit der Volkspartei zusammenarbeiten, wissen, daß in Mannheim die Entscheidung über die kommende Politik fallen muß. Die kommende Politik richtet sich aber ganz nach der Entscheidung der Volkspartei, danach, ob die Volkspartei weiter in der Regierung und der Koalition mitmachen will oder ob sie die Opposition vorzieht. Die Ansichten über die Stimmung in der Partei sind stark geteilt. Es wäre falsch, wollte man irgendeine Vermutung aussprechen. Es kann bei den Abstimmungen sogar Zersplitterungen geben. Soweit aber über die ersten Gespräche in Mannheim — wo die Größten der Parteien beiseite früher verhandelt waren — vorliegen, konnte man eine erhebliche Mäßigung feststellen und dem Willen begreifen, es nicht zum Bruch kommen zu lassen. Auch aus den Begründungen der Parteien, die die volksparteilichen Blätter brachten, klug die Mahnung zu weiser Zurückhaltung und zur reiflichen Überlegung, ob es ratsam sei, die Forderungen zu überspannen und dafür die Oppositionsstellung einzunehmen, aus der die Volkspartei namentlich in der Kampfbauarbeit wenig wirksame Mitarbeiter leisten kann. In der „Pfälzischen Rundschau“ schreibt der volksparteiliche Bundtagsabgeordnete, im Südwesten des Reiches möchte man die Volkspartei in der Regierung nicht lassen. Und das frühere Vorkommnis in Mannheim wartet vor einem Experiment und meint, es würde sich freuen, feststellen zu können, wenn die Volkspartei sich auf der Hindenburg-Linie finden würde. Mit anderen Worten: an die Volkspartei geht von verschiedenen Seiten der Rat, die Krise nicht zu verschärfen, sondern eingehend der Mahnung Hindenburgs die Politik der Verständigung und der Verantwortung zu betreiben.

Zuversichtlich weiß man ja, daß in der Fraktion immer eine starke Stimmung für diese Politik gewesen ist, daß aber im Zentralvorstand schon gegen Stresemann opponiert wurde und es Stresemann oft schwer war, sich in dem Zentralvorstand durchzusetzen. Die Stresemann-Linie, die sich mit der Mahnung Hindenburgs deckt, hat leider nur wenig Befürworter in der Fraktion gehabt. Immer mehr sind von ihr abgewichen. Teilweise ist der Abstand, den Stresemann von der Linken hielt, stark vermisst worden, auf der anderen Seite besteht wiederum starke Reue zum Parteiführer mit der Rechten. Zwischen diesen beiden Pfählen liegt eine ziemlich unentschiedene Mitte, die hinter Dr. Schulz steht, dem man aber eine gerade Linie leider nicht nachsehen kann. Wiederholt ist man an ihm irre geworden. Einmal wandte er sich scharf gegen die Koalition, dann wieder befürwortete gerade er sie. In den Verhandlungen, die er mit den Parteiführern hatte, machte er fast immer Schwierigkeiten, ohne indessen die Brücken abzubauen und immer den Wunsch ausbrechend, es möge in weiteren Verhandlungen eine Verständigung versucht werden.

Sollte der Entschluß des Parteitages für den Bruch mit der Koalition gehen, so läßt sich die Folge nicht übersehen. Es scheint fast undenkbar, daß gerade die Volkspartei es sein sollte, die es unmöglich macht, der Weisung des Reichspräsidenten zu entsprechen. Schließlich aber ist zu berücksichtigen, daß nicht nur das allgemeine Widerstreben der Volkspartei gegen die Sozialdemokraten ausfallend sein kann, sondern die wirtschaftlichen Gesichtspunkte eine große Rolle spielen müssen. Gerade die Volkspartei hat die Aufgabe, in der Aufbauphase am Steuer zu sitzen und, wie ein Mannheimer Blatt sagt, mit bewährter Kraft, das Steuer zu lenken. Aus diesen Erwägungen heraus könnte man einen Tag vor dem Parteitag zu der Überzeugung gelangen, daß Mannheim ein günstiger Wendepunkt der Politik wird.

## Der Widerhall des zweiten Geberingbriefes in Thüringen.

• Weimar. Eine Stellungnahme der Thüringer Regierung zu dem neuen Brief des Reichsinnenministers Gebering, der in Weimar am Freitag abend noch nicht eingetroffen war, ist bisher nicht erfolgt. Das thüringische Gesamtministerium wird erst am Mittwoch nächster Woche zusammenzutreten, um seine Beschlüsse zu diesem Antwortschreiben zu fassen.

Zu der Einstellung aller Ueberweisungen aus Fondsmitteln des Reichsinnenministeriums an Thüringen wird erklärt, daß die Landesregierung sich ausdrücklich eine solche Maßnahme nicht ohne weiteres hinzunehmen gewillt sei, sondern alles tun werde, um zu ihrem Rechte zu kommen, möglichenfalls unter Anrufung des Staatsgerichtshofes. Weiter verlautet auch, daß die Ansicht bestehe, Fühlung mit anderen Länderregierungen zu nehmen.

Am Sonntag findet in Weimar eine Kundgebung des Reichsbanners statt, an der auch der Reichsinnenminister teilnehmen sollte. Wie jetzt bekannt wird, ist Gebering aus dienstlichen Gründen an der Teilnahme verhindert. An seiner Stelle sprechen der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Oeding und der Reichstagsabgeordnete und thüringische Landtagsabgeordnete Weidlich.

## Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei.

Mannheim. (Funkspruch.) Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei wurde heute vormittag im Rindelsaal des Hofgartens offiziell eröffnet. An dem auf der Musikterrasse aufgestellten Vorstandstisch hatten neben dem Parteiführer Reichsminister a. D. Schulz die Minister Curtius und Dr. Moldenbauer, ferner andere führende Persönlichkeiten der Partei aus den Länderministerien und Parlamenten Platz genommen. Der Saal selbst war festlich geschmückt, u. a. auch mit Fahnen in den Farben des Reiches, des Landes Baden, der Stadt Mannheim und in den Farben des alten Reiches.

Partei-Vorsitzender Dr. Schulz eröffnete die Tagung mit den Vorschlägen, zum Tagungsvorsitzenden Reichstagsabgeordneten Dr. Raab zu bestimmen, zum stellv. Vorsitzenden Frau Julie Baermann-Mannheim und ferner u. a. zu Tagungsvorsitzenden den badischen Parteiführer Heimbach-Baden und den pfälzischen Parteiführer Dr. Burgen-Edwigsbühl. Abgeordneter Dr. Raab übernahm den Tagungsvorsitz mit einer Übersetzung des verstorbenen Reichsministers Dr. Stresemann, zu der die Versammlung sich von den Plätzen erhob.

Abgeordneter Dr. Raab begrüßte unter großem Beifall der Versammlung den neuen Vorsitzenden, Reichsminister a. D. Dr. Schulz, und sprach ihm das reichste Vertrauen der Partei aus. Auch die Vertreter des Saargebietes, Danzigs und Ostpreußens hieß er willkommen. Dank der Lebensarbeit Stresemanns hoffe man, in kurzer Zeit die Saarländer wieder mit den im Reich lebenden Deutschen vereinigt zu sehen. Mit dem Wunsch, daß der Parteitag einen guten Verlauf nehme, und mit einer Jubiläumsgedächtnisrede schloß Dr. Raab seine Ausführungen.

Der Parteitag beschloß, ein Begrüßungstelegramm an den Reichspräsidenten zu senden.

Überbaurermeister Dr. Heimerich, Mannheim, hieß namens der Stadt die Versammlung herzlich willkommen und wünschte der Tagung besten Verlauf. Er wies auf die ungünstige politische Lage der Handels- und Industrie Stadt Mannheim hin und betonte die starke Konkurrenz des von Frankreich weitgehend geförderten Straßburg.

## Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei an Hindenburg.

Mannheim. (Funkspruch.) Auf dem Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei wurde unter stürmischem Beifall auf Vorschlag von Geh. Rat Raab folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt: „Mehr als 2000 aus dem Reichsparteitag in Mannheim versammelte Mitglieder der Deutschen Volkspartei gedenken zu Beginn der Beratungen in entscheidendster Zeit des Reichspräsidenten, des lebendigen Symbols der nationalen Einheit aller Deutschen. Die Erneuerung des Selbstbildes, getreu dem von Ew. Erzengel gegebenen hohen Beispiel des Gesamtwohl von Volk und Vaterland allem anderen voranzustellen und mit allen gleichgesinnten Kräften dem Wiedereinsetz des Reiches zu dienen.“

## Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei

schickte auf seiner Mannheimer Tagung am Freitag nachmittag nach einem Vortrag des Parteivorstehenden Abs. Dr. Schulz über die politische und wirtschaftliche Lage folgende Entschliessung: „Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei stimmt den Ausführungen des Parteiführers und Vorsitzenden der Reichs-

tagfraktion zur politischen Lage zu. Der Zentralvorstand billigt die Beschlüsse des Reichsausschusses und der Reichstagsfraktion vom 2. März und erwartet, daß die Reichstagsfraktion daran unbeirrt festhalten wird, und spricht dem Parteiführer und der Fraktion sein Vertrauen aus.“ Die Beschlüsse vom 2. März, an denen nach dem Willen des Zentralvorstandes die Reichstagsfraktion unbeirrt festhalten soll, sind gerade diejenigen, die auf den scharfen Widerspruch anderer Koalitionsparteien gestoßen sind. Es heißt darin: „Nachdem die Entwicklung der Finanz- und Kassenlage des Reiches die von allen Seiten als notwendig erkannte Senkung der direkten Steuern für das Jahr 1930 unmöglich gemacht hat, muß die gesetzliche Festlegung einer solchen Senkung für das Jahr 1931 gefordert werden. Unverkündbar hiermit wäre eine neue Erhöhung der direkten Steuern, gleichviel, unter welcher Bezeichnung sie erfolgt. Das sogenannte Notopfer würde außerdem den Willen zur Reform auf der Ausgabenseite des Reichshaushalts im Reime erfüllen. Im Zusammenhang mit dem Reichshaushalt für 1930 müssen daher folgende Maßnahmen getroffen werden: Gesetzliche Sicherung der Ausgabenentlastung in Reich, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch durch Sanierung der Arbeitslosenversicherung, unter Vermeidung jeder weiteren Erhöhung von direkten Steuern, gesetzliche Festlegung einer Senkung dieser Steuern vom Beginn des nächsten Haushaltsjahres ab.“

## Eine Rede Dr. Moldenhauers.

Mannheim. (Funkspruch.) Auf dem Begrüßungabend der Deutschen Volkspartei in der „Harmonie“ ergriff gestern in später Abendstunde Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer das Wort. Er erinnerte an seine Rede 1921 in Mannheim zur Reichsgründungsfeier, die er damals mit den Worten des Niederländischen Dankgebetes „Gott, mach uns frei!“ geschlossen habe. Damals habe er gewußt, ob der Tag kommen würde, an dem der Rhein wieder frei sein würde. Die Zweifel sind jetzt gebannt. Die 1. und 2. Zone sind schon frei und in wenigen Monaten wird auch die 3. Zone frei sein. Wenn wir daran denken, wenn wir das zu danken haben, so richten sich unsere Blicke zunächst auf Dr. Stresemann. Unser Dank gilt aber auch dem deutschen Volk, das den Glauben an seine Zukunft nicht verloren hat. Unsere Arbeit muß es sein, die Volkstreu, die früher dem Lande feindlich gegenüberstanden, einzugliedern in den Staat und so dem Geiste des Liberalismus neue Formen der Zusammenarbeit im Staate zu schaffen. Das bedeutet selbstverständlich Neigungen, bedeutet auch Kampf. Wir leben in einer Schicksalsgemeinschaft, wir müssen aus diesem Gedanken der Gemeinschaft die wirtschaftlichen Kräfte überwinden. Es gibt viel Pessimismus in Deutschland, aber darf ein Volk, das stolz sein kann auf eine tausendjährige Vergangenheit, deshalb verzweifeln, weil es in wirtschaftliche Kräfte geraten ist? Jetzt gerade heißt es, die breitesten Kräfte zusammenzufassen. Wir sollen von uns aus alles tun, um die Zusammenfassung aller Kräfte vorzubereiten. Wenn wir den Glauben an die Kraft des unverbundenen deutschen Volkes nicht verlieren, werden wir vorwärts kommen. Diesen Glauben hat die Deutsche Volkspartei. So ist unsere Aufgabe, Ausgleich der Klassen und Heranarbeitung der Kräfte der Persönlichkeit. Wir wollen die Augen nach vorwärts richten und die Hoffnung auf unser Vaterland nicht verlieren. Dr. Moldenbauer schloß mit der begeisterten Aufforderung zum Abhängen des Deutschlandliebendes.

## Am Scheidewege.

vdy. Unter dieser Überschrift veröffentlicht Reichsminister Dr. H. C. Martin Schiele, Präsident des Reichslandwundes, einen Artikel, in dem er ausführt, daß das Kompromiß der Regierungsparteien in der Agrarfrage ohne hinreichende Wirkung für die bäuerlich am Boden liegende Landwirtschaft und daher untragbar sei. Bei der völlig unüberwindlichen Lage des internationalen Getreide-marktes müsse damit gerechnet werden, daß wir möglicherweise schon in wenigen Wochen abermals vor der Lausache stünden, daß die geplanten Volkswirtschaftsmaßnahmen ungenügend seien. Der Verzicht auf eine Erhöhung des Roggenzollrates kenne eine geradezu unbegreifliche Rücke in der neuen Zollregelung dar, die auch psychologisch als Brücklerung der regenden Landwundwirtschaft, insbesondere bei schwerleiden Östern, empfunden werden müsse. Das Kompromiß der Regierungsparteien gebe für die wirksame Drosselung der Einfuhr von Getreide keine Gewähr. Die vorangehende Konzentration der Reichsliste sei für die Landwirtschaft in der Form nicht ausnehmbar, da sie weder eine bindende Richtlinie für die Preispolitik, noch eine ausreichende Mitwirkung der Landwirtschaft in gesetzlich gebundener Form vorsehe. Abgesehen davon, daß die Maßnahmen zur Besserung der Marktlage durch Steuer- und Kreditpolitische Mittel, insbesondere für die notleidenden Gebiete im Osten, ergänzt werden müßten, seien drei Bedingungen für die bevorstehende Regelung der Marktlage zu stellen:

1. Die Aktion ist mit höchstmöglicher Beschleunigung durchzuführen;
2. die Aktion muß sämtliche Betriebszweige umfassen;
3. die Maßnahmen auf jedem einzelnen Gebiete müssen lückenlos sein, da nur dann eine ausreichende Wirkung verbürgt ist.

Das Kompromiß der Regierungsparteien werde jedoch diesen grundsätzlichen Forderungen in keiner Weise gerecht. Es müsse durch ein derartiges Verhalten bei dem Landvolk der Eindruck geweckt werden, daß es im Parlament einfach an dem guten Willen fehle, die durchaus vorhandenen Mittel für eine durchgreifende Hilfe anzuwenden. Der Wille des Reichspräsidenten in seiner Kundgebung könne nur dahin gedeutet werden, daß er umgehende, wirklich durchschlagende und umfassende Maßnahmen für die Landwirtschaft verlangt. Wir stehen im Entscheidungskampfe um Leben und Recht des deutschen Bauern: Konstellationen und Koalitionen sind vergänglich. Wir haben aber nur eine Landwirtschaft, nur eine Nation zu verlieren! Wir stehen am Scheidewege.

## Erubenunglüd in Ostoberthüringen.

\* Rattowig. Auf der Gildesbrandtgrube in Antonienbüttel wurden zwei Bergleute durch einfallendes Gestein erschlagen und drei weitere verletzt. Nach 10 stündiger Rettungsarbeit gelang es, die Verwundeten und die beiden Toten zu bergen.